

08.10.2018

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD

Tod durch Brand in der JVA Kleve – unrechtmäßige Verhaftung, Warnungen und Hinweise des Gefangenen ignoriert, schleppende Aufklärung des Brandes? Landesregierung muss rückhaltlos alles aufklären!

Am 17.09.2018 ist es zu einem folgenschweren Brand in der Justizvollzugsanstalt Kleve gekommen. Bei dem Brand sind mehrere Bedienstete und Gefangene teilweise schwer verletzt worden. Der Gefangene, in dessen Haftraum der Brand ausgebrochen ist, wurde zunächst schwerverletzt in ein Krankenhaus eingeliefert, wo er tagelang in einem künstlichen Koma lag und am 29.09.2018 seinen Verletzungen erlag und verstarb.

Mittlerweile steht fest, dass der verstorbene 26-jährige Syrer aufgrund einer Verwechslung bei einer polizeilichen Identitätsfeststellung in Haft kam. Dort saß es über zwei Monate zu Unrecht, bevor es zu dem tragischen Brand kam.

Nachdem der Sachverhalt zunächst auf Antrag der Fraktion der SPD im jour Fixe der Vollzugskommission und auf erneuten Antrag der Fraktion der SPD in einer Aktuellen Viertelstunde des Rechtsausschusses behandelt wurde, hat der Minister der Justiz dem Ausschuss und der Öffentlichkeit wesentliche Informationen vorenthalten. So musste er im Rahmen einer gemeinsamen Sondersitzung von Rechts- und Innenausschuss einräumen, dass der Gefangene zwischenzeitlich als selbstmordgefährdet eingestuft war und dass dieser auch im Justizvollzug erklärt hat, dass er aufgrund einer Verwechslung inhaftiert sei. Dem ist offensichtlich niemand nachgegangen.

In dieser Sitzung konnten auch darüber hinaus nicht alle Fragen beantwortet und geklärt werden. Die kurz vor Beginn der Sondersitzung bekannt gewordenen neuen Vorwürfe, dass ein von der Staatsanwaltschaft beauftragter Brandsachverständiger erst nach mehr als zwei Wochen im Haftraum war, um die Brandursachen zu klären, wirft ganz neue Fragen nach der politischen Verantwortung auf. Beide Minister konnten in der Sitzung nicht abschließend erklären, wie es zu dieser vielleicht zu späten Untersuchung kommen konnte und ob dadurch die Brandursachen vielleicht nie wirklich aufgeklärt werden können. Darüber hinaus hat der Rechtsanwalt des Betroffenen in der Sendung „Westpol“ vom 7. Oktober erhebliche Vorwürfe gegenüber Polizei und Justiz geäußert, denen auch dringend nachgegangen werden muss.

Datum des Originals: 08.10.2018/Ausgegeben: 08.10.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Auch konnten beide Minister nicht ausschließen, dass zurzeit weitere Personen in den Justizvollzugsanstalten des Landes einsitzen, die aufgrund einer Personenverwechslung dort nicht sein dürften. Ebenfalls wurde nicht der Wille erkennbar, schnell aufzuklären zu wollen, ob es Personen gibt, die zurzeit aufgrund solcher Personenverwechslungen zu Unrecht einsitzen.

Der Landtag muss sich daher dringend in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema befassen. Die Landesregierung muss den Landtag und die Öffentlichkeit endlich umfassend aufklären.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Sven Wolf
Sonja Bongers
Hartmut Ganzke

und Fraktion